

N- 1401 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
 BUNDESMINISTERIUM
 FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 3. August 1972
 Stubengang 1
 Telefon: 57 56 55

Zl. 50.004/41-4/o/1-72

580/A.B.
 zu 719/J.
 Präs. am 8. Aug. 1972

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. Hubinek
 und Genossen an die Frau Bundesminister
 für Gesundheit und Umweltschutz betreffend
 Sofortprogramm gegen Säuglingssterblichkeit
 (Zl. 719/J-NR/1972)

In der gegenständlichen Anfrage werden an
 die Frau Bundesminister folgende Fragen gerichtet:

1. Sind die gegenwärtig in Österreich im
 Bereich der perinatalen Medizin in Forschung
 und Anwendung unternommenen Anstrengungen ausreichend?

2. Welche Forschungsvorhaben werden im Be-
 reich der perinatalen Medizin derzeit gefördert und
 welche Pläne stehen in dieser Hinsicht in absehbarer
 Zeit zur Verwirklichung an?

3. Welche Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung
 der Ärzte, insbesondere im Bereich der perinatalen
 Medizin, werden von Seiten des Bundesministeriums für
 Gesundheit und Umweltschutz beabsichtigt?

4. Sind Sie bereit, Bestrebungen zu unterstützen,
 ein Institut für perinatale Medizin zu errichten?

5. Durch welche Maßnahmen und Hilfen beabsichtigt
 das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz,

die vom Wiener Stadtrat Glück und vielen Ärzten geforderte Modernisierung aller Geburtshilfestationen durch Intensivzentren unter pädiatrischer Leitung zu unterstützen?

6. Wie beurteilt das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz die Forderungen nach Einführung der dauernden Überwachung werdender Mütter und zur Einrichtung von Risikozentren zur Behandlung von Risikofällen?"

In Beantwortung der vorliegenden Anfrage teile ich mit:

Zu den einleitenden Ausführungen der Anfrage möchte ich vorerst feststellen, daß die angeführten Vorschläge zur Verbesserung der Neugeborenenbetreuung von den erwähnten Kinderärzten mit mir bereits am 12. Jänner 1972 auf ihre Realisierbarkeit hin erörtert worden sind und im Februar dieses Jahres diese Pläne auch der Magistratsabteilung 17 vorgelegt wurden. Schon seit Anfang dieses Jahres wurde somit das Problem der Kindersterblichkeit in Österreich und dessen Lösung in meinem Ministerium gemeinsam mit den Kinderärzten eingehend behandelt.

Bei der Verbesserung der Schwangerenbetreuung dürfte ein Erfolg im wesentlichen nicht von verstärkten finanziellen Zuwendungen abhängen, sondern unter anderem von einer verbesserten Ausbildung des in Betracht kommenden ärztlichen und nichtärztlichen Personals. Die Schaffung eines Institutes für Sozialpädiatrie könnte sicherlich einiges hierzu beitragen.

-3-

Zu 1.:

Die in Österreich zu verzeichnende perinatale Säuglingssterblichkeit ist im Vergleich zu anderen Staaten relativ hoch. Diese Sterblichkeitsrate hat mehrere Ursachen. Es sind das im wesentlichen die vielfach geringe Inanspruchnahme ärztlicher Kontrollen während der Schwangerschaft, eine zum Teil nicht ausreichende medizinische Betreuung von Risikogeburten und Mängel im organisatorischen und personellen Bereich sowie in der apparativen Ausstattung mancher Krankenanstalten.

Die Maßnahmen zur Herabsetzung der überhöhten perinatalen Säuglingssterblichkeit gehören zu den Schwerpunkten des von meinem Bundesministerium ausgearbeiteten Gesundheitsplan. (siehe Punkt 1050 ff des Planes). Im Rahmen der dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz gegebenen Möglichkeiten werden daher die auf diesem Gebiete von verschiedenen Seiten bisher unternommenen Anstrengungen im besonderen Maße unterstützt; darüber hinaus wird der Anstoß für neue Initiativen gegeben.

Zu 2.:

In Anbetracht der Art der unter Ziffer 1 angeführten Ursachen für die überhöhte perinatale Säuglingssterblichkeit konzentrieren sich die Anstrengungen meines Ressorts im besonderen auf praktische Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen perinatalen Betreuung.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz ist auch durchaus bereit, jedes fachlich fundierte

Forschungsvorhaben auf dem Gebiete der perinatalen Medizin zu unterstützen, sofern dieses geeignet ist, zu konkreten Ergebnissen im Kampf um die Herabsetzung der Säuglingssterblichkeit zu führen.

Zu 3.:

Von meinem Bundesministerium werden die bisherigen Aktivitäten auf dem Gebiete der Fort- und Weiterbildung der Ärzte in verstärktem Maße fortgesetzt. Hierbei werden besondere Arbeitstagungen der ärztlichen Betreuung der Schwangeren, der Säuglinge und Kleinkinder gewidmet. Im Rahmen dieser Veranstaltungen werden von namhaften Fachleuten praxisnahe Referate gehalten. Bei der im Herbst des Jahres vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz abzuhaltenden 12. Arbeitstagung für ärztliche Säuglings- und Kleinkinderbetreuung wird auch Dozent Dr. Czermak, der wiederholt als Referent zu diesen Tagungen herangezogen worden ist, einen Beitrag zu diesem Problem leisten.

Durch Veröffentlichung der auf diesen Tagungen gehaltenen Referate wird den beteiligten Kreisen Gelegenheit gegeben, an den Fortschritten auf dem Gebiete der perinatalen Medizin teilzuhaben. Diese vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz herausgegebenen Publikationen gehen insbesondere allen Abteilungen für Geburtshilfe sowie den Säuglings- und Kinderabteilungen der österreichischen Krankenanstalten kostenlos zu.

Darüber hinaus besteht die Absicht, in einem neuen Neonatologiezentrum Kurse für alle mit Geburtsfällen befaßten Personen wie Hebammen, Kinderärzten usw. durchzuführen, um sie mit den in der ersten Lebensphase der

-5-

Neugeborenen bestehenden besonderen Gefahren und den entsprechenden Betreuungsmethoden vertraut zu machen.

Zu 4.:

Meine Bereitschaft, die Errichtung von Institutionen für perinatale Medizin zu unterstützen, wird durch die Tatsache unter Beweis gestellt, daß auf Initiative meines Ministeriums im Zusammenwirken mit der Stadt Wien derzeit sowohl ein Neonatologiezentrum als auch ein Intensivpflegezentrum geschaffen wird.

Zu 5.:

In diesem Jahr werden für diesen Zweck wesentlich mehr Mittel aufgewendet als früher.

Bereits zu Beginn des Jahres wurden alle Bundesländer ersucht, Vorschläge zur Anschaffung und Zuteilung moderner Spezialgeräte zu erstatten. Auf Grund dieser Vorschläge werden nun laufend die erforderlichen Apparate für die einschlägigen Fachabteilungen der Krankenanstalten von meinem Bundesministerium angekauft und den zuständigen Stellen übergeben.

Zu 6.:

Die Erziehung einer optimalen ärztlichen Betreuung der Schwangeren sowie die Erfassung und Betreuung der Risikofälle ist ein wesentlicher Punkt des Aktivitätsprogrammes meines Ressorts. Dazu bedarf es vor allem erhöhter Öffentlichkeitsarbeit, um die Schwangeren selbst von der Notwendigkeit einer solchen Betreuung zu überzeugen.

Darüberhinaus ist beabsichtigt, die Gewährung von finanziellen Zuwendungen des Bundes wieder von dem Nachweis

einer ärztlichen Betreuung der Schwangeren bzw. des Neugeborenen abhängig zu machen, wie dies in gewisser Hinsicht bis vor etwa 3 Jahren der Fall war. Diese Bindung der finanziellen Zuwendungen an einen Nachweis der Betreuung wurde damals aber bedauerlicherweise durch eine Novellierung des Familienlastenausgleichsgesetzes beseitigt.

Die Einrichtung von "Risikozentren" halte ich für geboten. Ich bin der Meinung, daß mein Bundesministerium durch die unter Z. 4 angeführte Maßnahme einen wesentlichen Anstoß zur Errichtung weiterer derartiger Zentren gegeben hat.

Der Bundesminister:

